

II. Berichte und Diskussionen

VERTEILUNGSKOALITIONEN UND DEMOKRATISCHE STAATSTRUKTUREN ALS DETERMINANTEN DER WIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG?

Eine Replik auf Volker Kunz

Herbert Obinger

Zusammenfassung: Dieser Kommentar setzt sich kritisch mit den von Volker Kunz in Heft 2 (Jg. 52, 2000) der KZfSS publizierten empirischen Befunden hinsichtlich der politisch-institutionellen Determinanten des Wirtschaftswachstums in OECD-Demokratien auseinander. Da es sich um ein in politisch-institutioneller Hinsicht homogenes Sample, bestehend aus rechtsstaatlich eingefassten Demokratien mit hochentwickelten Property Rights, handelt, ist das zur Prüfung der Forschungsfrage verwendete most similar systems design theoretisch wenig plausibel. Eine Reanalyse der Bestimmungsfaktoren des Wirtschaftswachstums in 21 Ländern liefert keine stichhaltigen Anhaltspunkte, dass die bestehenden Varianzen in den Staatsstrukturen oder der Demokratieform in der ökonomischen Entwicklung Niederschlag finden. Insbesondere kann der von Volker Kunz konstatierte Bremseffekt von Konkordanzdemokratien und Verteilungskoalitionen nicht repliziert werden. Ganz im Einklang mit der neoklassischen Wachstumstheorie ist der wirtschaftliche Aufholprozess ärmerer Länder der wichtigste Bestimmungsfaktor der langfristigen Wirtschaftswachstumsraten.

I. Einleitung

Volker Kunz hat in der KZfSS 52, 2000 (S. 195–225) einen Aufsatz vorgelegt, in dessen Mittelpunkt neben der Erkundung des Zusammenhangs zwischen kulturellen Variablen und der ökonomischen Entwicklung auch der Effekt von Staatsstrukturen, der Demokratieform, dem Koordinationsgrad der Ökonomie und von so genannten Verteilungskoalitionen auf das mittelfristige Wirtschaftswachstum in 19 Industrieländern steht. Der Autor geht – und dies zeichnet diesen Beitrag aus – aus theoretischer Perspektive ergebnisoffen vor, indem zumeist für jede der interessierenden politisch-institutionellen Stellgrößen konkurrierende Hypothesen empirisch getestet werden. Resümierend gelangt Volker Kunz in seiner Arbeit zum Befund: „Die beste Erklärung des Wirtschaftswachstums erhält ..., wer ökonomische, kulturelle und politisch-institutionelle Faktoren berücksichtigt“ (Kunz 2000: 218). Politische und kulturelle Rahmenbedingungen fungieren dabei ausschließlich als Hemmnisse für die wirtschaftliche Entwicklung. Als politisch-institutionelle Bremskräfte des Wirtschaftswachstums ortet er die Dichte wirtschaftsnaher Interessenorganisationen (Verteilungskoalitionen) und die

Konkordanzdemokratie, während postmaterialistische Wertorientierungen als kulturelle Wachstumsbremse identifiziert werden.

Ich möchte in diesem Kommentar zeigen, dass für den von Kunz analysierten Zeitraum zwischen 1979 und 1995 zwischen politischen Variablen und der ökonomischen Entwicklung *kein* Zusammenhang besteht.¹ Der Beitrag gliedert sich in drei Teile. Der nächste Abschnitt diskutiert theoretische und methodische Grundlagen des Aufsatzes. Im dritten Teil werden die Ergebnisse einer empirischen Reanalyse vorgestellt, ehe im vierten Abschnitt die grundlegenden Befunde zusammengefasst werden.

II. Theoretische Anmerkungen und methodische Kritik

Theoretischer Ausgangspunkt für die Erkundung von außerökonomischen Determinanten des Wirtschaftswachstums ist bei Volker Kunz ein neoklassisches Wachstumsmodell, dem im Rahmen der empirischen Analysen die interessierenden politisch-institutionellen und kulturellen Variablen beigelegt werden.² Hiermit versucht der Autor, die traditionelle Wachstumstheorie sowohl in Richtung des Mikrozusammenhangs (kulturelle Werteinstellungen) als auch in Richtung des politisch-institutionellen Makrogefüges zu öffnen (Kunz 2000: 195). Vor dem Hintergrund einer theoriegeleiteten Forschung ist dieses Theoriefundament nicht unproblematisch, zumal die neoklassische Wachstumstheorie bei einem Vergleich von *homogenen* Ländern – und um solche handelt es sich bei den 19 untersuchten OECD-Demokratien – politischen und auch kulturellen Variablen gerade *keinen* Platz für die Erklärung des Wirtschaftswachstums einräumt. In der einfachsten Variante eines neoklassischen Wachstumsmodells prägen lediglich zwei Faktoren das Wirtschaftswachstum, nämlich der Abstand einer Ökonomie von ihrem Wachstumsleichgewicht (steady-state) und der technische Fortschritt (vgl. z.B. Barro und Sala-i-Martin 1995; Gundlach 1998). Ärmere Länder, deren Abstand zum steady state groß ist, sollten daher schneller wachsen als reiche Länder. Grundlegendes theoretisches Postulat ist also absolute Konvergenz in Gestalt eines höheren Wirtschaftswachstums in ärmeren Ländern. Barro und Sala-i-Martin (1992, 1995) haben in diesem Zusammenhang nachgewiesen, dass dieser catch-up-Effekt umso stärker

1 Der Effekt von kulturellen Faktoren soll nicht näher untersucht werden. Diesbezüglich verweise ich auf die Studien von Granato et al. (1996), Jackman und Miller (1996) sowie Swank (1996). Diese Studien kommen zu mitunter stark schwankenden Befunden. Während Jackman und Miller (1996: 652) keinen Einfluss von kulturellen Variablen orten, finden Granato et al. (1996: 617) einen signifikanten und robusten Effekt einer hohen Leistungsorientierung (achievement motivation) auf das Wirtschaftswachstum. Wie Volker Kunz finden die Autoren einen negativen, jedoch fragilen Effekt einer hohen Verbreitung postmaterialistischer Wertorientierungen auf das Wirtschaftswachstum.

2 Der Autor spricht etwas unglücklich von „neuer (neoklassischer) Wachstumstheorie“ (Kunz 2000: 196). Allerdings handelt es sich bei der Neuen (Romer 1986, 1990) und der neoklassischen Wachstumstheorie um partiell verschiedene Strömungen (Solow 1994). Dies lässt sich am besten an der Aufgabe der neoklassischen Annahme von fallenden Grenzerträgen durch die Neue Wachstumstheorie festmachen. Aus dem der empirischen Analyse zu Grunde liegenden Modell wird aber m.E. klar, dass Volker Kunz ein neoklassisches Modell verwendet, zumal auch eine Humankapitalvariable fehlt.

ist, je ähnlicher sich Länder oder auch Regionen sind: Besonders starke Konvergenzprozesse konnten von diesen Autoren etwa für die US-Bundesstaaten, europäische Regionen und japanische Präfekturen nachgewiesen werden. Nun handelt es sich bei den von Kunz untersuchten 19 OECD-Demokratien um eine stark homogene Ländergruppe mit ähnlichen ökonomischen und politischen Basisstrukturen in Gestalt von Marktwirtschaften mit hoch entwickelten Property Rights und rechtsstaatlich eingegrenzten Demokratien. Dieses Vergleichsdesign von möglichst ähnlichen Fällen (*most similar systems design*) liegt der Studie sogar explizit zu Grunde (S. 199). Aus wirtschaftswissenschaftlicher Perspektive ist daher mit keinen oder lediglich geringen Effekten von nicht-ökonomischen Wachstumsdeterminanten zu rechnen.

Man könnte nun allerdings mit Volker Kunz argumentieren, dass die verbleibenden Varianzen hinsichtlich der Beschaffenheit der politischen Systeme zwischen den OECD-Ländern groß genug seien, um in der ökonomischen Performanz Niederschlag zu finden. Konkret vermutet Volker Kunz als potenzielle politische Wachstumsfaktoren die Demokratieform (Konkordanz- versus Konkurrenzdemokratie), den Koordinationsgrad der Ökonomie (Korporatismus versus Pluralismus), die institutionelle Fragmentierung des politischen Systems sowie die Dichte von organisatorischen Netzwerken von Interessengruppen.

Problematisch ist nun – und hier beginnt die methodische Kritik – die empirische Überprüfung der unterschiedlichen Hypothesen zum Zusammenhang zwischen politischen sowie kulturellen Faktoren und der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Hypothesentests erfolgen für zwei sich überlappende Untersuchungsperioden, nämlich den Zeitraum zwischen 1979 und 1989 einerseits und die Periode zwischen 1985 und 1995 andererseits. Im Gegensatz zu fast allen empirischen Studien verwendet Volker Kunz für beide Subperioden nicht das BIP pro Kopf am Beginn der Untersuchungsperiode, sondern ohne nähere Begründung wird der Umfang des landwirtschaftlichen Sektors als Indikator für das sozio-ökonomische Entwicklungsniveau herangezogen.³ Die Berücksichtigung des BIP pro Kopf wäre nicht nur aus wachstumstheoretischen Gründen wünschenswert, sondern sie könnte besser dazu beitragen, die Gefahr von Scheinkorrelationen hinsichtlich der interessierenden kulturellen Variablen zu vermindern. Beispielsweise sind postmaterialistische Wertvorstellungen unzweifelhaft Resultat eines hohen ökonomischen Entwicklungsniveaus. Da nun die neoklassische Wachstumstheorie reichen Ländern geringere Wachstumsraten als ärmeren Ländern prognostiziert, ist es wenig erstaunlich, dass die Postmaterialismusvariable ein negatives Vorzeichen aufweist, wenn im Modell eine Variable benutzt wird, die das ökonomische Entwicklungsniveau nicht adäquat abbildet. Überdies wird auf tiefenschärfere Sensitivitäts- bzw. Robustheitsanalysen durch Verwendung verschiedener Kontrollvariablen verzichtet. Als einzige ökonomische Kontrollgröße wird die nicht restlos überzeugende Exportquote benutzt.⁴

3 Volker Kunz weist zwar darauf hin, dass beide Größen stark korrelieren ($r = 0,8$). Dieses Argument überzeugt allerdings nicht ganz, da das BIP pro Kopf einen besseren Indikator für die wachstumstheoretisch relevante Kapitalintensität am Beginn der Untersuchungsperiode darstellt.

4 Diese Variable ist nicht unbedingt – wie intendiert (vgl. S. 214) – ein Indikator für die internationale Wettbewerbsfähigkeit, sondern misst eher die Größe eines Landes.

Mit Blick auf die von Volker Kunz vorgelegten empirischen Befunde ist nun interessant, dass die Bremseffekte eines weit verbreiteten Postmaterialismus, von Konkordanzdemokratien und Verteilungskoalitionen lediglich für die zweite Subperiode (1985–1995) nachgewiesen werden können. Dies mag zwar nun tatsächlich Periodeneffekten geschuldet sein, macht aber eher hinsichtlich der Robustheit der Schätzungen skeptisch: Da es sich zum einen um überlappende Subperioden und zum anderen bei den politischen Variablen um relativ rigide Strukturgrößen handelt, dürften ihre Effekte auf das Wirtschaftswachstum innerhalb von wenigen Jahren nicht so dramatisch schwanken und sollten sich in erster Linie in der langfristigen ökonomischen Performanz niederschlagen. Zieht man überdies die traditionellen Signifikanzschranken als Messlaten für einen statistisch signifikanten Zusammenhang heran, so würde lediglich die Dichte von Interessenorganisationen (und dies nur auf dem 10-Prozent-Niveau) einen signifikanten Einfluss ausüben. Gleichwohl zieht der Autor aus den geringen *t*-Werten (für sämtliche politisch-institutionellen Variablen sind die *t*-Werte kleiner als 1,86!) starke Schlussfolgerungen und schlägt mitunter etwas vorschnell mit der Falsifikationskeule zu, wenn er etwa feststellt: „Diese Ergebnisse widerlegen zugleich die Annahmen, die im Rahmen der Neokorporatismustheorie ... formuliert werden konnten“ (Kunz 2000: 213). Solche Aussagen bedürfen einer festeren empirischen Fundierung. Um mehr Klarheit zu gewinnen, werden im nächsten Abschnitt die zentralen Hypothesen bezüglich der einzelnen politisch-institutionellen Variablen für 21 Industrieländer und den Zeitraum zwischen 1984 und 1994 einer empirischen Reanalyse unterzogen.⁵

III. Empirische Überprüfung: Politik und Wirtschaftswachstum

Ich möchte im Folgenden zeigen, dass die ökonomische Entwicklung in den reichen Industrieländern in keinem Zusammenhang mit den politischen Rahmenbedingungen steht, sondern dass in Übereinstimmung mit der neoklassischen Theorie in erster Linie ökonomische Konvergenzprozesse die Wachstumspfade innerhalb der OECD-Länder bestimmen. Diese These soll zunächst mit einer Grafik untermauert werden, die das Wirtschaftswachstum in 21 OECD-Ländern zwischen 1960 und 1994 in Abhängigkeit des ökonomischen Entwicklungsniveaus im Jahr 1960 abbildet. Gemäß der neoklassischen Wachstumstheorie erwarten wir ein höheres Wirtschaftswachstum in ehemals ärmeren Ländern (absolute Konvergenz). Wie *Abbildung 1* zeigt, trifft diese Vermutung in der Tat zu. Länder wie die USA, Neuseeland oder die Schweiz, die bereits relativ

5 In alphabetischer Reihenfolge sind dies: Australien, Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Japan, Kanada, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien und die USA. Die Ausweitung des Samples um Australien und Neuseeland auf 21 Länder ist deshalb angebracht, da das in der vergleichenden Makrosoziologie und Politikforschung virulente Problem der kleinen Fallzahl bei gleichzeitig hoher Zahl an unabhängigen Variablen die Ausschöpfung eines möglichst großen Sample nahe legt. Der (zu vernachlässigende) Unterschied im Untersuchungszeitraum (1984–1994 statt 1985–1995) ist der Datenrestriktion bezüglich der abhängigen Variablen geschuldet.

Abbildung 1: Wirtschaftswachstum 1960–1994

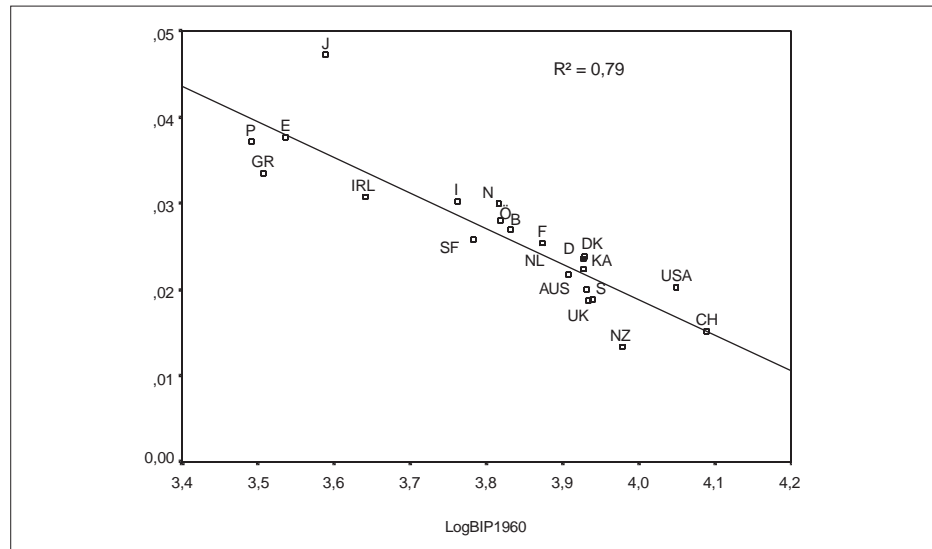
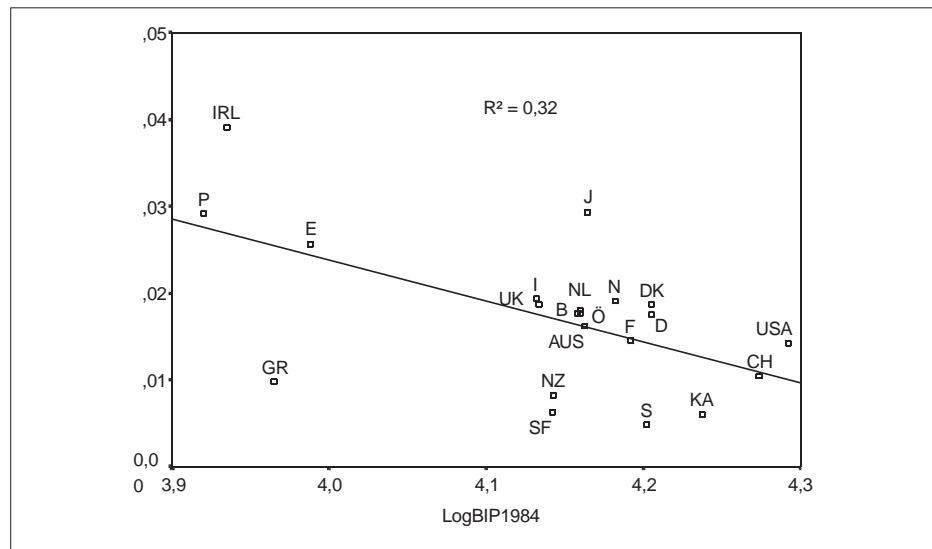


Abbildung 2: Wirtschaftswachstum 1984–1994



früh zu hohem Wohlstand gelangt sind, verzeichneten ein deutlich geringeres Wirtschaftswachstum als die ökonomischen Spätstarternationen in Südeuropa oder Japan. Das (logarithmierte) BIP pro Kopf im Jahr 1960 erklärt fast 80 Prozent (!) der Varianz des Wirtschaftswachstums pro Kopf zwischen 1960 und 1994. Dieser Befund liefert somit wenig Indizien für eine politische Dimension bezüglich der ökonomischen Performanz von Industrieländern.

Allerdings muss eingeräumt werden, dass sich dieser massive ökonomische catch-up-Effekt der ärmeren Länder im Zeitverlauf abschwächt (vgl. *Abbildung 2*). Die Analysen von Volker Kunz beziehen sich tatsächlich auf die jüngere Vergangenheit, sodass die These einer politischen Determination des Wirtschaftswachstums nach wie vor im Spiel bleibt und somit einer genaueren empirischen Überprüfung mittels multivariater Regressionsanalysen bedarf. Der Untersuchungszeitraum fokussiert auf die Periode zwischen 1984 und 1994, da Volker Kunz für diesen Zeitraum einen Zusammenhang zwischen politischen Faktoren und dem Wirtschaftswachstum ortet. Gemäß der empirischen Wachstumsforschung wurde das Niveau des logarithmierten BIP pro Kopf am Beginn der Untersuchungsperiode als Proxy für den steady state gap verwendet. Das ökonomische Entwicklungsniveau im Jahr 1984 erklärt immerhin fast ein Drittel der Varianz des Wirtschaftswachstums zwischen 1984 und 1994 (vgl. *Abbildung 2*). Je reicher also ein Land 1984 gewesen ist, desto geringer war in der folgenden Dekade das Wachstum seiner Volkswirtschaft.

Diesem Basismodell wurden nun in Anlehnung an Volker Kunz verschiedene politisch-institutionelle Variablen beigelegt. Speziell wurden fünf verschiedene politische Variablen getestet⁶, nämlich

1. der Konkordanz- und Konkurrenzgrad von Demokratien;
2. der Koordinationsgrad einer Ökonomie bzw. das System der Interessenvermittlung;
3. die Stärke von Verteilungskolitionen, gemessen am gewerkschaftlichen Organisationsgrad;⁷
4. die Staatsstruktur im Sinne der institutionellen Fragmentierung des politischen Systems;
5. die Stärke der Regierungsbeteiligung von Linksparteien und ökologischen Parteien, gemessen am Kabinettsitzanteil von sozialdemokratischen, kommunistischen und grünen Parteien.⁸

Tabelle 1 fasst die Befunde für den Zeitraum zwischen 1984 und 1994 zusammen. Zunächst muss festgehalten werden, dass alle politisch-institutionellen Variablen im Basismodell auf den herkömmlichen Signifikanzniveaus (5 und 1 Prozent) insignifikant waren, während das ökonomische Entwicklungsniveau des Jahres 1984 sich stets als signifikante Einflussgröße erwies. Die Spezifikationen 1–7 zeigen daher verschiedene Kombinationen der politischen Variablen. Die Botschaft dieser Befunde ist klar: Weit und breit finden sich keine Anhaltspunkte für eine politische Komponente hinsichtlich der ökonomischen Entwicklung in den 21 Industrieländern.

⁶ Die Variablen werden im Anhang erläutert.

⁷ Volker Kunz verwendet einen umfassenderen Indikator für Verteilungskolitionen, nämlich die Mitgliedschaft in Gewerkschaften und Berufsverbänden. Da mir diese Daten nicht vorliegen, konzentriere ich mich auf die Gewerkschaftsmitgliedschaft. Diese Variable erscheint mir auch deshalb ein geeigneter Indikator zu sein, da aus der Sicht liberaler Ökonomen starke Gewerkschaften oftmals als Quelle für institutionelle Rigiditäten und eine durch überhöhte Tarifabschlüsse induzierte Wachstumsschwäche angesehen werden.

⁸ Der Einfluss der parteipolitischen Zusammensetzung der Regierungen wurde von Volker Kunz nicht untersucht. Die hier untersuchten Parteien dürften auf Grund ihrer ideologischen Orientierung im Vergleich mit bürgerlichen Regierungen eine höhere staatliche Regulierung der Wirtschaft präferieren, sodass aus dem Blickwinkel des ökonomischen Mainstreams mit Wachstumseinbußen zu rechnen ist.

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum 1984–1994 in 21 Ländern

	1	2	3	4	5	6	7
Konstante	0,214*** (3,15)	0,278*** (3,65)	0,276*** (3,53)	0,278*** (3,91)	0,302*** (3,75)	0,314*** (4,08)	0,311*** (3,93)
LogBIP1984	-4,707E-02** (-2,83)	-6,464E-02*** (-3,37)	-6,373E-02*** (-3,24)	-6,360E-02*** (-3,62)	-6,894E-02*** (-3,48)	-7,127E-02*** (-3,84)	-6,988E-02*** (-3,61)
Konkordanzdemokratie	1,765E-03 (0,95)		9,592E-04 (0,51)	7,415E-04 (0,45)			
Pluralismusindex					-1,703E-03 (-0,93)	-1,618E-03 (-1,11)	-2,032E-03 (-1,13)
Gewerkschaftlicher Organisationsgrad	-6,385E-05 (-0,06)	1,891E-05 (0,20)	-4,087E-06 (-0,04)		-3,940E-05 (-0,35)		-4,540E-05 (-0,41)
Linksregierung 84–94				-5,853E-05 (-1,11)		-6,888E-05 (-1,34)	-6,970E-05 (-1,32)
Institutionelle Veropunkte		2,378E-03* (1,73)	2,160E-03 (1,47)	1,723E-03 (1,26)	2,294E-03 (1,66)	1,896E-03 (1,43)	1,729E-03 (1,22)
R ²	0,36	0,43	0,44	0,48	0,46	0,51	0,52
Adjust. R ²	0,25	0,33	0,30	0,35	0,32	0,39	0,35
N	21	21	21	21	21	21	21

Anmerkungen: * signifikant auf dem 10-Prozent-Niveau, ** signifikant auf dem 5-Prozent-Niveau, *** signifikant auf dem 1-Prozent-Niveau. Unstandardisierter Regressionskoeffizient (OLS), t-Statistik in Klammer. Maximaler Varianzinflationsfaktor = 1,79 (Gleichung 7).

Wie aus *Tabelle 1* ersichtlich wird, ist keine der Variablen auf dem 1- oder 5-Prozent-Niveau signifikant, während das ökonomische Startniveau durchwegs den theoretisch erwarteten negativen und hoch signifikanten Koeffizienten aufweist. Lediglich der Koeffizient der Staatsstrukturvariable ist in Gleichung 2 auf dem 10-Prozent-Niveau signifikant. Wie die übrigen Gleichungen zeigen, ist dieser Effekt jedoch fragil, zumal die Variable in allen anderen Spezifikationen insignifikant bleibt. Obwohl die Nullhypothese für sämtliche politischen Variablen nicht verworfen werden kann, lohnt ein genauerer Blick auf die Ergebnisse. Interessant sind vor allem die Vorzeichen der einzelnen Koeffizienten der politischen Variablen, die mit Ausnahme der Verteilungscoalitionen in die umgekehrte Richtung im Vergleich zu den theoretischen Vermutungen (Staatsstrukturen)⁹ bzw. empirischen Ergebnissen (Konkordanzdemokratie) von Volker Kunz zeigen: Der Koeffizient des Konkordanzdemokratieindikators weist durchwegs ebenso ein *positives* Vorzeichen auf wie die Fragmentierung der Staatsstrukturen. Je breiter damit Macht gestreut und je konsensualer der politische Entscheidungsprozess ausgestaltet ist, desto günstiger ist dies in der Tendenz für die ökonomische Entwicklung (vgl. diesbezüglich auch Lijphart 1999: Kap. 15). Lijpharts Pluralismusindikator, der das System der Interessenvermittlung abbildet, weist hingegen in allen Gleichungen einen negativen Koeffizienten auf: Je pluralistischer also Interessen vermittelt werden und je geringer korporatistische Steuerung etabliert ist, desto schwächer ist tendenziell das Wirtschaftswachstum. Da eine enge Beziehung zwischen Korporatismus und Konkordanzdemokratie besteht (Lijphart und Crepaz 1991), passen die Befunde, wonach Korporatismus und Konkordanzdemokratie eher positiv auf die ökonomische Entwicklung einwirken, gut zusammen. Linksregierungen bremsen demgegenüber in der Tendenz die ökonomische Entwicklung.¹⁰ Wie erwartet ist schließlich der Koeffizient des Indikators von Verteilungscoalitionen zumeist negativ. Allerdings: Keiner dieser Effekte ist statistisch signifikant! Varianzen im politischen Institutionengefüge und in der parteipolitischen Zusammensetzung der Regierung stehen daher mit dem Wirtschaftswachstum in keinem statistisch signifikanten Zusammenhang.

Zur Absicherung der Robustheit dieser Befunde wurden die Schätzungen mit verschiedenen alternativen Indikatoren für die unabhängigen Variablen, einer neuen abhängigen Variable sowie für verschiedene Untersuchungszeiträume repliziert. Zunächst wurden für die von Volker Kunz ebenfalls untersuchte Periode zwischen 1979 und 1989 analoge Regressionsanalysen gerechnet, wobei in Übereinstimmung mit ihm keine signifikanten Effekte der politisch-institutionellen Variablen gefunden werden konnten. Ferner habe ich die Schätzungen für die Periode zwischen 1984 und 1994 mit alternativen Indikatoren für die einzelnen unabhängigen Variablen wiederholt. Der von Volker Kunz verwendete 3er-Index nach Schmidt zur Messung der Konkordanzdemokratie weist analog zum Lijphart-Indikator ein positives Vorzeichen auf und ist insignifikant. Zur Messung des Systems der Interessenvermittlung wurde an Stelle des Plura-

9 Einem hohen institutionellen Pluralismus wird eine negative Wirkung auf das Wirtschaftswachstum bescheinigt, da eine flexible Anpassung an neue Problemlagen und Herausforderungen auf Grund vieler Vetospieler unterbleibe (Kunz 2000: 210–211).

10 Garrett (1998: 116) erhält sogar einen signifikant negativen Effekt. Seine abhängige Variable ist allerdings die Fluktuation des jährlichen Wirtschaftswachstums.

lismusindex von Lijphart ein Indikator von Crepaz herangezogen, der die wichtigsten Korporatismuskalen mittelt (Quelle: Castles 1999: 79). Wiederum stellten sich kongruente Befunde ein. Gleiches gilt für den Index des Integrationsgrades einer Ökonomie (späte 80er Jahre) nach Siaroff (1999: 198). Schließlich habe ich den Institutionenindex von Schmidt durch den Institutionenindex von Huber et al. (1993) sowie durch den Föderalismus-Unitarismus-Index von Lijphart (1999: 312) substituiert.¹¹ Auch hiermit wurden im Vergleich zu den Ergebnissen in *Tabelle 1* jeweils gleich lautende Befunde erzielt.

Außerdem wurde auf Basis von Daten der Weltbank (1999) mit den unabhängigen Variablen aus *Tabelle 1* eine alternative abhängige Variable getestet, nämlich die durchschnittliche Wachstumsrate des realen Brutto**sozial**produkts pro Kopf (in US-Dollar 1995) zwischen 1980 und 1997¹². Auch diese Schätzung lieferte keinerlei Anhaltspunkte für eine politische Dimension des Wirtschaftswachstums.

Im Rahmen eines letzten Robustheitschecks wurden schließlich potenzielle langfristige Effekte von politischen Variablen für den Zeitraum von 1960 bis 1994 untersucht. Bei den von Kunz untersuchten Variablen handelt es sich allesamt um relativ stabile Strukturvariablen, die vor allem in der langfristigen ökonomischen Performanz Niederschlag finden dürften. Die in *Tabelle 2* zusammengefassten Befunde zur Determination des Wirtschaftswachstums pro Kopf zwischen 1960 und 1994 spiegeln jedoch mit einer Ausnahme das Bild der Subperioden 1984–1994 bzw. 1979–1989 wider. Wie bereits in *Abbildung 1* offenkundig wurde, dominiert langfristig ein außerordentlich starker catch-up Prozess die Wachstumsprofile der OECD-Länder, während die Staatsstrukturen, die Stärke von Verteilungskonstellationen, die Demokratieform sowie die parteipolitische Färbung der Regierung keinerlei Einfluss auf die ökonomische Entwicklung ausüben. Allerdings erweist sich langfristig ein korporatistisches System der Interessenvermittlung als signifikante Schubgröße. Da diese Variable in den 80er und 90er Jahren nicht signifikant war, deutet dies darauf hin, dass sich dieser Schubeffekt v.a. auf die 60er und 70er Jahre konzentriert. Dies deckt sich dann auch mit den Befunden der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung (z.B. Scharpf 1987; Pekkarinen 1992; Swank 1996; Garrett 1998), denen zu Folge koordinierte Ökonomien die ökonomischen Turbulenzen der 70er Jahre besser verarbeiten konnten.

IV. Zusammenfassung

Die Zusammenschau der obigen Ergebnisse kommt zu dem für Politologen wenig erfreulichen Befund, dass die ökonomische Entwicklung in den etablierten OECD-Demokratien weitgehend unabhängig von politischen Faktoren verläuft. Vielmehr prägte in den letzten 35 Jahren der von der neoklassischen Wachstumstheorie vorhergesagte ökonomische Aufholprozess die Wachstumsprofile in den Industrieländern.

¹¹ Der Index von Huber et al. (1993) ist in Schmidt (2000: 352, Spalte 3) abgedruckt.

¹² Die Wachstumsrate für Deutschland reflektiert wegen fehlender Daten das Wachstum des realen BIP pro Kopf zwischen 1980 und 1996 (1980–1990: alte BRD; ab 1991: wieder vereinigtes Deutschland). Datenbasis: OECD Economic Outlook Database (Juni 1998).

Tabelle 2: Wirtschaftswachstum 1960–1994 in 21 Ländern

	8	9	10	11	12	13	14
Konstante	0,180*** (9,43)	0,202*** (9,23)	0,196*** (8,60)	0,197*** (9,75)	0,205*** (10,37)	0,212*** (11,55)	0,208*** (10,78)
LogBIP1984	-3,991E-02*** (-7,73)	-4,695E-02*** (-7,59)	-4,492E-02*** (-6,86)	-4,518E-02*** (-8,12)	-4,558E-02*** (-8,12)	-0,477E-02*** (-9,74)	-4,565E-02 (-8,39)
Konkordanzdemokratie	1,532E-03 (1,60)		1,005E-03 (0,97)	1,004E-03 (1,11)			
Pluralismusindex					-1,900E-03** (-2,22)	-1,927E-03** (-2,56)	-2,320E-03** (-2,63)
Gewerkschaftlicher Organisationsgrad	-5,038E-05 (-0,94)	1,538E-05 (0,30)	-1,480E-05 (-0,24)		-6,379E-05 (-1,09)		-5,049E-05 (-0,87)
Linksregierung 60–94				-2,420E-05 (-0,59)		-6,373E-05 (-1,60)	-5,794E-05 (-1,42)
Institutionelle Veropunkte		1,31E-03* (1,79)	9,827E-04 (1,22)	9,341E-04 (1,26)	9,244E-04 (1,35)	9,168E-04 (1,46)	6,993E-04 (1,03)
R ²	0,82	0,82	0,83	0,83	0,86	0,87	0,88
Adjust. R ²	0,78	0,79	0,79	0,79	0,83	0,84	0,84
N	21	21	21	21	21	21	21

Anmerkungen: * signifikant auf dem 10-Prozent-Niveau, ** signifikant auf dem 5-Prozent-Niveau, *** signifikant auf dem 1-Prozent-Niveau. Unstandardisierter Regressionskoeffizient (OLS), t-Statistik in Klammer. Maximaler Varianzinflationsfaktor = 2,09 (Gleichung 14).

Die Forderung von Volker Kunz nach einer Öffnung der wirtschaftswissenschaftlichen Wachstumstheorie in Richtung politischer und kultureller Erklärungsansätze ist richtig, die Frage nach politischen und möglichen kulturellen Einflüssen auf die ökonomische Entwicklung wurde allerdings anhand eines ungeeigneten Samples untersucht. Politische Variablen prägen in erster Linie in einem most dissimilar systems design – also einem Vergleichsdesign mit hoher Varianz bezüglich der politisch-institutionellen Rahmenbedingungen – die ökonomische Entwicklung (Barro 1991; North 1992; Alesina und Perotti 1994; Borner et al. 1995; Brunetti 1997; Keefer und Knack 1997; Borner und Paldam 1998; Obinger 2000). Im OECD-Ländervergleich – das heißt im most similar systems design – bleiben institutionelle Charakteristika wie die Demokratieform, die Fragmentierung der Staatsstrukturen oder die Verteilungskoalitionen ohne Bedeutung. Das heißt nicht, dass Politik keine Rolle für die ökonomische Performanz spielt: Adaptiert man die angelsächsische Politikbegriffstria, muss vor der Folie der hier präsentierten Befunde davon ausgegangen werden, dass die polity und politics-Dimension keinen Einfluss auf die ökonomische Performanz nehmen. Durchaus könnte es aber sein, dass die policy-Dimension im Sinne nationaler Wirtschaftspolitik eine Rolle spielt. Zu denken wäre hier etwa an die Technologie-, Industrie- oder Steuerpolitik. Ihr Effekt war jedoch zumindest in den ersten fünf Dekaden nach 1945 nicht allzu groß: Die mit Abstand wichtigste Determinante des Wirtschaftswachstums ist das Startniveau des BIP pro Kopf am Beginn der Untersuchungsperiode. Vor dem Hintergrund dieser Ausgangsbedingung prägen offenkundig zuallererst die Marktkräfte die ökonomische Entwicklung in den reichen Industrienationen. Dieser Befund entspricht auch weitgehend dem wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsstand: „It appears ... that within the richer group of capitalist economies, as within the OECD group, there has been systematic TFP (total factor productivity, HO) catching up throughout the postwar period“ (Dowrik und Nguyen 1989: 1029).

Anhang: Variablenbeschreibungen

<i>Variable</i>	<i>Beschreibung</i>	<i>Quelle</i>
LogBIP	Log. BIP pro Kopf zum Beginn der Untersuchungsperiode in Geary-Khamis-Dollar 1990	Maddison (1995: Appendix D)
Konkordanzdemokratie	Exekutive-Parteien-Indikator (1945–1996): Hohe Werte indizieren eine Konkordanzdemokratie, geringe Werte zeigen eine Konkurrenzdemokratie an	Lijphart (1999: 312)
Pluralismusindex	Index of interest group pluralism (1971–1996). Hohe Werte indizieren ein pluralistisches System der Interessenvermittlung, geringe Werte ein korporatistisches System der Interessenvermittlung	Lijphart (1999: 313)
Institutionelle Vetopunkte	Institutionelle Fragmentierung des politischen Systems in den 1990er Jahren. Hohe Werte zeigen eine hohe institutionelle Fragmentierung des politischen Systems an (6-er Additivindex)	Schmidt (2000b: 352, Spalte 1)

<i>Variable</i>	<i>Beschreibung</i>	<i>Quelle</i>
Gewerkschaftlicher Organisationsgrad	Organisationsgrad der Gewerkschaften. Durchschnitt aus dem Organisationsgrad 1974 und den frühen 1990er Jahren bzw. Durchschnitt aus dem Organisationsgrad 1960, 1974 und den frühen 1990er Jahren	Castles (1999: 68)
Wirtschaftswachstum	Durchschnittliches jährliches Wirtschaftswachstum pro Kopf, ausgedrückt in Geary-Khamis-Dollar 1990	Maddison (1995: Appendix D)
Linksregierung	Prozentualer Kabinettsitzanteil von sozialdemokratischen, grünen und kommunistischen Ministern im jeweiligen Untersuchungszeitraum.	Schmidt (2000a: Datensatz von 21 OECD Demokratien 1945–2000)

Literatur

- Abramovitz, Moses, 1986: Catching Up, Forging Ahead, and Falling Behind, *Journal of Economic History* 46: 385–406.
- Alesina, Alberto, und Roberto Perotti, 1994: The Political Economy of Growth: A Critical Survey of the Recent Literature, *World Bank Economic Review* 8: 351–371.
- Barro, Robert J., 1991: Economic Growth in a Cross Section of Countries, *Quarterly Journal of Economics* 106: 407–443.
- Barro, Robert J., 1997: Determinants of Economic Growth. A Cross-Country Empirical Study. Cambridge/London: The MIT Press.
- Barro, Robert J., und Xavier Sala-i-Martin, 1992: Convergence, *Journal of Political Economy* 100: 223–251.
- Barro, Robert J., und Xavier Sala-i-Martin, 1995: *Economic Growth*. New York: McGraw-Hill.
- Baumol, William J., 1986: Productivity Growth, Convergence, and Welfare, *American Economic Review* 76: 1072–1085.
- Borner, Silvio, und Martin Paldam (Hg.), 1998: *The Political Dimension of Economic Growth*. Houndmills: Macmillan.
- Brunetti, Aymo, 1997: *Politics and Economic Growth. A Cross-Country Data Perspective*. Paris: OECD.
- Castles, Francis G., 1999: *Comparative Public Policy: Patterns of Post-war Transformation*. Cheltenham: Edward Elgar.
- Coates, David, 1999: Why Growth Rates Differ, *New Political Economy* 4: 77–96.
- De Long, J. Bradford, 1988: Productivity Growth, Convergence, and Welfare: Comment, *American Economic Review* 78: 1138–1154.
- Dowrick, Steve, und Duc-Tho Nguyen, 1989: OECD Comparative Economic Growth 1950–85: Catch-Up and Convergence, *American Economic Review* 79: 1010–1030.
- Garrett, Geoffrey, 1998: *Partisan Politics in the Global Economy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Granato, Jim, Ronald Inglehart, und David Leblang, 1996: The Effect of Cultural Values on Economic Development: Theory, Hypotheses, and Some Empirical Tests, *American Journal of Political Science* 40: 607–631.
- Gundlach, Erich, 1998: Das Wirtschaftswachstum der Nationen im zwanzigsten Jahrhundert, *Die Weltwirtschaft* 8: 85–107.
- Huber, Evelyne, Charles C. Ragin und John D. Stephens, 1993: Social Democracy, Christian Democracy, Constitutional Structure, and the Welfare State, *American Journal of Sociology* 99: 711–749.
- Jackman, Robert W., und Ross A. Miller, 1996: A Renaissance of Political Culture?, *American Journal of Political Science* 40: 632–659.
- Keefer, Philip, und Steven Knack, 1997: Why Don't Poor Countries Catch up? A Cross National Test of an Institutional Explanation, *Economic Inquiry* 35: 590–602.

- Kunz, Volker, 2000: Kulturelle Variablen, organisatorische Netzwerke und demokratische Staatsstrukturen als Determinanten der wirtschaftlichen Entwicklung im internationalen Vergleich, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 52: 195–225.
- Lane, Jan-Erik, und Svante Erson, 1997: *Comparative Political Economy. A Developmental Approach*. London/Washington: Pinter.
- Levine, Ross, und David Renelt, 1992: A Sensitivity Analysis of Cross-Country Growth Regressions, *American Economic Review* 82: 942–963.
- Lijphart, Arend, 1999: *Patterns of Democracies. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries*. New Haven/London: Yale University Press.
- Lijphart, Arend, und Markus M.L. Crepaz, 1991: Corporatism and Consensus Democracy in Eighteen Countries: Conceptual and Empirical Linkages, *British Journal of Political Science* 21: 235–246.
- Lucas, Robert E., 1988: On the Mechanics of Economic Development, *Journal of Monetary Economics* 22: 3–42.
- Maddison, Angus, 1995: *Monitoring the World Economy 1820–1992*. Paris: OECD.
- Mankiw, N. Gregory, David Romer und David N. Weil, 1992: A Contribution to the Empirics of Economic Growth, *Quarterly Journal of Economics* 107: 407–437.
- North, Douglass C., 1992 (1990): *Institutionen, institutioneller Wandel und Wirtschaftsleistung*. Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).
- Obinger, Herbert, 2000: Politische Regime, politische Stabilität und Wirtschaftswachstum, *Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 6: 1–26.
- Olson, Mancur, 1982: *The Rise and Decline of Nations. Economic Growth, Stagflation, and Social Rigidities*. New Haven/London: Yale University Press.
- Olson, Mancur, 1993: Dictatorship, Democracy, and Development, *American Political Science Review* 87: 567–576.
- Pekkarinen, Jukka, Matti Pohjola und Bob Rowthorn (Hg.), 1992: *Social Corporatism: A Superior Economic System?* Oxford: Clarendon Press.
- Romer, Paul M., 1986: Increasing Returns and Long-Run Growth, *Journal of Political Economy* 94: 1002–1037.
- Romer, Paul M., 1990: Endogenous Technological Change, *Journal of Political Economy* 98: 71–102.
- Sala-i-Martin, Xavier, 1994: Cross-sectional Regressions and the Empirics of Economic Growth, *European Economic Review* 38: 739–747.
- Scharpf, Fritz W., 1987: *Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa*. Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Schmidt, Manfred G., 2000a: Die parteipolitische Zusammensetzung von Regierungen in 21 OECD Demokratien 1945–2000, unpublizierter Datensatz, Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen.
- Schmidt, Manfred G., 2000b3: *Demokratiethorien*. Opladen: Leske + Budrich.
- Siaroff, Alan, 1999: Corporatism in 24 Industrial Democracies: Meaning and Measurement, *European Journal of Political Research* 36: 175–205.
- Solow, Robert M., 1994: Perspectives on Growth Theory, *Journal of Economic Perspectives* 8: 45–54.
- Swank, Duane, 1996: Culture, Institutions, and Economic Growth: Theory, Recent Evidence, and the Role of Communitarian Polities, *American Journal of Political Science* 40: 660–679.
- Temple, Jonathan, 1999: The New Growth Evidence, *Journal of Economic Literature* 37: 112–156.
- Weede, Erich, 1986: Verteilungskoalitionen, Staatstätigkeit und Stagnation, *Politische Vierteljahresschrift* 27: 222–236.
- Weltbank, 1999: *World Development Indicators 1999*. CD-ROM.

Korrespondenzanschrift: Herbert Obinger, Zentrum für Sozialpolitik, Universität Bremen. Parkallee 39, D-28209 Bremen

E-Mail: hobinger@zes.uni-bremen.de